3. 1. Setzt der §. 302a St.G.B.'s voraus, daß der Darleiher das Geld aus eigenen Mitteln gegeben hat?
2. Ist die Notlage im Sinne des §. 302a St.G.B.'s durch das Vorhandensein ungünstiger Vermögensverhältnisse bedingt?

II. Straffenat. Ur. v. 20. September 1881 g. R. Rep. 1743/81.

I. Landgericht Danzig.

Aus den Gründen:

Die Revision der Angeklagten kann für begründet nicht erachtet werden.

Der erste Richter nimmt folgenden Sachverhalt als erwiesen an:

1. Der Kaufmann H. zu D., welcher schon seit etwa Februar 1880 von der Angeklagten Darlehen auf Wechsel gegen sehr hohe Zinsen entnommen hatte, war im Laufe der Zeit derart in Not und Vermögensverfall geraten, daß er zur Vermeidung des gerichtlichen Konkurses über sein Vermögen sich zum Verkaufe seines Kaufmannsgeschäfts und Grundbesitzes gezwungen sah. Noch vor vollständiger Abwicklung dieses Verkaufsgeschäfts bedurfte er zur schleunigen Bezahlung einer drängenden und drückenden Schuld notwendig des Betrages von *M* 300, und da er sie selbst nicht flüssig hatte, mußte er sich die Gelder selbst unter erheblichen Opfern zu verschaffen suchen. Er übergab dem Schuhmacher Hr., einem Verwandten seiner Ehefrau, einen Wechsel, welchen diese über *M* 300, fällig am 10. August 1880, auf ihn gezogen und er selbst acceptiert hatte, und mit seiner, des H., Ermächtigung trat Hr. am 20. Juli 1880 mit der Angeklagten in Unterhandlung. Die Angeklagte sagte daß von Hr. für den Kaufmann H. nachgesuchte Darlehen von *M* 300 zu, verlangte aber von vornherein 10 Thlr. pro Monat Zinsentschädigung. Als sie nach Ausständigung des gedachten Wechsels die *M* 300 an den Schuhmacher Hr. auszahlte, zog sie davon *M* 30 ab oder erhielt diesen Betrag von Hr. zugeschoben und nahm ihn an sich. Da Kaufmann H. am 10. August 1880 die *M* 300 nicht zahlen konnte, bewilligte Angeklagte bis zum 1. September 1880 Prolongation, erhielt durch den Schuhmacher Hr. dafür *M* 24 Zinsen ausgezahlt und empfing an Stelle des früheren einen Wechsel der Kaufmann H.'schen Eheleute über *M* 300, fällig am 1. September 1880. Es geschah sodann auf das von dem Kaufmann H. durch den Schuhmacher Hr. angebrachte Ersuchen noch eine zweite Prolongation auf den 15. September 1880. Angeklagte erhielt dafür von dem Kaufmann H. *M* 15 Zinsen, wovon sie *M* 1 an den Schuhmacher Hr. als Trinkgeld übergab, und wurde an Stelle des früheren ein am 15. September 1880 fälliger Wechsel der H.'schen Eheleute übergeben. Erst bei dieser zweiten Prolongation erwähnte die Angeklagte des Tischlermeisters G., indem sie gegen den Schuhmacher Hr., der bis dahin allein die Verhandlungen geführt hatte, erklärte, daß sie zu G. gehen und ihn fragen wolle, ob er die *M* 300 geben könne. Bereits am 20. oder 21. Juli 1880 hatte die Angeklagte dem G. den am 10. August 1880 fälligen Wechsel der H.'schen Eheleute über *M* 300 gebracht, ihn gefragt, ob

er das Geld geben wolle und ihn, indem sie die Verhältnisse des Kaufmanns H. als günstige schilderte, zur Hergabe der M 300 gegen Empfang des Wechsels bewogen. G. übergab ihr damals das Geld und sie zahlte ihm als Zinsen M 1,50. Später hat G. auf Zureden der Angeklagten die beiden Prolongationen bewilligt und die neuen Wechsel von der Angeklagten erhalten, sowie an Zinsen für die erste Prolongation wieder M 1,50 und für die zweite Prolongation M 0,75. Nach dem Verfalltage des dritten, am 15. September zahlbaren Wechsels der H.'schen Eheleute über M 300 hat G., welcher in dieser Angelegenheit weder mit dem Kaufmann H., noch mit dem Schuhmacher Hr. verhandelt hatte, diesen Wechsel eingeklagt und von ersterem gezahlt erhalten.

Der erste Richter hat der Bestrafung der Angeklagten aus dem auf dem Gesetze vom 24. Mai 1880 betr. den Wucher beruhenden §. 302a St.G.B.'s die tatsächliche Feststellung zu Grunde gelegt, daß die Angeklagte am 20. Juli, 10. August und 1. September 1880 zu D. durch eine und dieselbe Handlung (nicht durch drei selbständige Handlungen) unter Ausbeutung der ihr bekannten Notlage des Kaufmanns H. für ein Darlehn von M 300 und für zweimalige Stundung dieses Darlehns sich Vermögensvorteile hat gewähren lassen, welche den üblichen Zinsfuß dergestalt überschritten haben, daß die Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnisse zu der Leistung stehen.

Die Revisionschrift bekämpft zunächst die Annahme des ersten Richters, daß ein Darlehnsgeschäft vorliege und die Angeklagte im Sinne des Gesetzes nach den tatsächlichen Grundlagen im vorliegenden Falle als die Darlehnsgeberin zu erachten sei; sie macht geltend, daß der erste Richter damit das Pr. U.L.R. I. 11. §§. 653. 662. 663. 666. 667 und I. 16. §. 3 verlege, die rechtliche Natur eines Wechsels und dessen Indossierung nach der Wechselordnung vom 6. Januar 1849 verkenne und daher auch den §. 302 a St.G.B.'s unrichtig anwende.

Zu jener Annahme gelangt der erste Richter auf Grund folgender Erwägungen: „Wenn auch erwiesen sei, daß die Angeklagte das fragliche Darlehn nicht aus eigenen Mitteln gewährt, das Geld vielmehr der G. auf Ansuchen der Angeklagten hergegeben habe gegen Empfangnahme des H.'schen Wechsels, und wenn die Angeklagte mit Rücksicht hierauf meine, daß sie unter das Wuchergesetz nicht fallen könne, weil sie selbst nicht Darlehnsgeberin gewesen, und daß die ihr gewährte Entschädigung nur als Progenetikum für ihre Vermittelungsverhandlungen angesehen werden

könne, so übersehe sie, daß das Gesetz zu seiner Anwendung nicht verlange, daß der Darlehnsgeber das Darlehn aus seinem eigenen Vermögen hergebe; es komme lediglich darauf an, ob der Angesprochene das Darlehn bewillige und durch Übergabe des Geldes thatsächlich gewähre, sofern nicht von vornherein die Thätigkeit des Angesprochenen als Vermittelung in Anspruch genommen und versprochen werde. Von einer bloßen Vermittelungsthätigkeit der Angeklagten sei im vorliegenden Falle nicht die Rede; denn dieselbe sei von dem Schuhmacher Hr. direkt um das Darlehn ersucht worden, habe dasselbe zugesagt und das Geld dem Hr. übergeben, ohne demselben ihrem eigenen Geständnisse nach den G. genannt zu haben, damit Hr. bei diesem nicht direkt das Geschäft machen könne; erst nachträglich bei der zweiten Prolongation habe sie den G. genannt."

Hiernach nimmt der erste Richter an, daß der Kaufmann H. durch den Schuhmacher Hr. bei der Angeklagten ein Darlehn von M 300 nachgesucht, von ihr bewilligt und gezahlt erhalten hat, und es ist nicht ersichtlich, daß derselbe den im A.L.R. I. 11. §. 653 aufgestellten Begriff des eigentlichen Darlehns, wonach dasselbe ein Vertrag ist, vermöge dessen jemand gangbares ausgemünztes Geld oder geldwerte, an jeden Inhaber zahlbare Instrumente unter bedingener Wiedererstattung in gleicher Qualität und Quantität einem anderen zum Verbrauch übergiebt, verkannt hat. Die Rückzahlung dieses Darlehns zu sichern, war die Bestimmung des der Angeklagten übergebenen H.'schen Wechsels. Es ist ein in dieser Instanz unzulässiges Bestreiten thatsächlicher Annahmen des ersten Richters, wenn die Revisionschrift unterstellt, es sei die Vertragsabsicht der Beteiligten darauf gerichtet gewesen, den Wechsel an die Angeklagte oder durch diese gegen ein Progenetikum an einen Dritten zu verkaufen, dem Kaufmann H. Kaufgeld für den Wechsel zu verschaffen und ihn sonst nur nach Inhalt des Wechsels haftbar zu machen. Dem Wechsel lag nicht ein selbständiges Rechtsgeschäft zwischen Aussteller und Acceptanten zu Grunde, der Wechsel war nur hergestellt, um der Angeklagten als Sicherheit für das von ihr gewährte Darlehn gegeben zu werden, und hat die Angeklagte mit diesem Darlehn die erste Valuta auf den Wechsel versprochen und bezahlt, und dabei für die Benutzung des später zurückzuzahlenden Geldes Zinsen sich ausbedungen und zahlen lassen. Die Natur des zu Grunde liegenden Geschäftes wurde auch durch die späteren Prolongationen und durch die

dabei geschehene Hingabe eines anderen, den neuen Fälligkeitstermin enthaltenden Wechsels nicht geändert.

Auch der Angriff wegen Verletzung des *U. N. N.*'s I. 11. §§. 662. 663. 666. 667 ist nicht zutreffend. Der erste Richter hat nicht festgestellt, daß der Schuhmacher *Hr.*, bezw. der Kaufmann *H.*, wissentlich fremdes Geld empfangen, und ebensowenig, daß er fremdes Geld von einem anderen, der darüber zu verfügen nicht berechtigt war, empfangen hat. Die Ausdrucksweise des ersten Richters, daß die Angeklagte das fragliche Darlehn nicht aus eigenen Mitteln, vielmehr *G.* dasselbe auf Ansuchen der Angeklagten hergegeben hat gegen Empfangnahme des *H.*'schen Wechsels, berechtigt nicht zu unterstellen, der erste Richter habe angenommen, daß die Angeklagte über die von *G.* empfangenen Gelder als über eigene zu verfügen nicht berechtigt war; vielmehr geht der erste Richter, welcher auch besonders anführt, daß *G.* weder mit dem Kaufmann *H.*, noch mit dem Schuhmacher *Hr.* in eine Verhandlung getreten ist und daß die Angeklagte ihm bei Empfangnahme der Gelder die üblichen Zinsen mit *M* 1,50 bis zum 10. August 1880, dem Tage der Fälligkeit des hingegebenen Wechsels, gezahlt hat, offenbar davon aus, daß *G.* gegen Empfangnahme des Wechsels und der Zinsen das Eigentum an den Geldern der Angeklagten übertragen und ihr die Berechtigung zur Verfügung über dieselben in der geschehenen Art eingeräumt hat. Die Angeklagte hat sich hiernach durch Überlassung des in blanco giurten Wechsels an *G.* von diesem das Geld verschafft, welches sie zu dem wucherischen Darlehn an *H.* verwendet hat, und sie war daher die Darlehnsgeberin, nicht die Vermittlerin eines von *G.* an *H.* gegebenen Darlehns. Wollte man aber selbst unterstellen, daß sie das Geld von *G.* nur zur Aushändigung an *H.* empfangen habe, so bliebe immer bestehen, daß sie das Geld zu einem Darlehn an *H.* benutzt hat. Sie würde dann allerdings fremdes Geld an *H.*, der in dem guten Glauben war, es gehöre der Angeklagten, als Darlehn gegeben haben, aber auch in diesem Falle als Darlehnsgeberin anzusehen und *G.* erst dann als Darlehnsgeber nach den §§. 665—667 a. a. D. an ihre Stelle getreten sein, wenn auf seinen Antrag dem *H.* die Rückzahlung an die Angeklagte gerichtlich untersagt worden wäre. Die Revisionschrift unterstellt also auch hier zur Begründung des materiellen Angriffs in unzulässiger Weise Thatsachen, welche der erste Richter nicht festgestellt hat. Hatte Angeklagte bei Empfangnahme der

Gelder dem G. den Wechsel überlassen, so konnte sie selbstverständlich die Prolongation nicht ohne dessen Zustimmung bewilligen, und diese hat sie sich im Wege der Verständigung mit ihm verschafft, indem sie ihm auf die Zeiten der Prolongation die üblichen Zinsen bezahlte. Dem H. gegenüber konnte sie sich in Wirklichkeit für die Prolongationen des Wechsels nichts zahlen lassen, weil sie nicht Inhaberin desselben war; sie nahm die dafür gezahlten Beträge in Wirklichkeit nur für die Stundung des gegebenen Darlehns von H. in Empfang. Die Forderung aus dem Wechsel hat G., als Inhaber des Wechsels, demnächst im Wege der Klage für sich eingezogen. Daß derselbe die Vorteile, welche die Angeklagte durch die Darleihung der Gelder und durch die Stundung sich verschafft, in Anspruch nimmt, ist nicht ersichtlich und nicht einmal behauptet, und Angeklagte kann ihm dieselben unter allen Umständen nicht unter Berufung auf den §. 667 a. a. O. aufdrängen und sich damit nicht wegen deren Ausbedingung und Verschaffung außer Verantwortlichkeit setzen. Wenn Angeklagte bei der zweiten Prolongation des G. erwähnte und wenn sie ihn selbst als denjenigen, welcher das Geld hergegeben, bezeichnet haben sollte, so vermag dies auf das zwischen H. und der Angeklagten begründete Rechtsverhältnis einen Einfluß nicht zu üben, zumal die Angeklagte sich fortgesetzt als die Darlehnsgeberin darstellte und als solche die bedungenen Vorteile fortbezog. Nach der Feststellung des ersten Richters hat die Angeklagte hiernach die Vorteile für ein von ihr gegebenes Darlehn und für dessen zweimalige Stundung, und nicht, wie die Revisionschrift behauptet, für die Besorgung des Geldes erhalten. Inwiefern aber der erste Richter die Vorschrift des A.L.R.'s I. 16. §. 3, wonach, wenn aus einer (physisch) untergegangenen Sache eine andere entsteht, alle Rechte, die auf jener hafteten, auch auf diese, insoweit sie darauf ausgeübt werden können, übergehen, verlegt hat, ist in der Revisionschrift nicht näher dargelegt und nicht ersichtlich.

2. Wenn die Revisionschrift ferner geltend macht, daß der erste Richter den Begriff der Ausbeutung der Notlage verkannt und dadurch den §. 302a St.G.B.'s verlegt habe, so ist auch dieser Angriff nicht zutreffend. Der erste Richter hat angenommen, daß der in Vermögensverfall geratene zum Verkaufe seines kaufmännischen Geschäfts und seines Grundbesitzes behufs Abwendung des Konkurses gebrängte H. bei der Nothwendigkeit, zur schleunigen Zahlung einer drängenden

und drückenden Schuld den Betrag von *M* 300 aus fremdem Vermögen sich zu verschaffen, sich objektiv in einer Notlage befunden, und daß die um Darlehung der *M* 300 angegangene Angeklagte von dieser augenblicklichen Notlage des *H.* Kenntnis oder Überzeugung hatte und dieselbe zur Erlangung von Vermögensvorteilen benützt hat. Es kann auch für rechtsirrtümlich nicht erachtet werden, wenn der erste Richter ausspricht, die Notlage des Darlehnsnehmers werde nicht durch günstige oder ungünstige Vermögenslage desselben überhaupt bedingt, sondern durch die augenblickliche drängende Not; denn wenn auch eine günstige Vermögenslage meist die Mittel bieten wird, dem Eintritte einer Notlage vorzubeugen oder derselben abzuwehren, so wird doch durch eine günstige Vermögenslage die Möglichkeit einer augenblicklichen zu erheblichen Geldopfern drängenden Not nicht ausgeschlossen, und gerade die gegenwärtige Notlage gegen Ausbeutung zu schützen liegt in der Absicht des Gesetzes, welches, wie die Entstehungsgeschichte ergibt, keinen Kreis von Personen, insbesondere nicht Kaufleute von diesem Schutze hat ausschließen wollen und daher auch bei einer augenblicklichen Geldverlegenheit eines Kaufmannes, wenn dieselbe sich als Notlage charakterisiert, nicht unanwendbar ist. Vorliegend hat übrigens der erste Richter, wie bereits gedacht, eine materiell ungünstige, schlechte Vermögenslage des *H.* als derzeit bereits vorhanden und als mitwirkende Ursache der Notlage festgestellt. Subjektiv aber wird in §. 302a St.G.B.'s ein mehreres nicht verlangt als die Kenntnis oder Überzeugung von der objektiv vorhandenen augenblicklichen Notlage und deren bewußte Benutzung zur Erlangung von Vermögensvorteilen der dort angegebenen Art. Diese Erfordernisse hat der erste Richter thatsächlich festgestellt und die dagegen gerichteten thatsächlichen Ausführungen der Revisionschrift können in gegenwärtiger Instanz keine Berücksichtigung finden. Ein dabei untergelassener Rechtsirrtum ist nicht ersichtlich. Der erste Richter war nicht gehindert, aus der gegen den Schuhmacher *Hr.* im Anfange der Verhandlungen von der Angeklagten gethanen Äußerung, daß es mit dem Kaufmann *H.* doch schlecht stehen müsse, da er so teures Geld nehme, auf die Kenntnis oder Überzeugung von der Notlage des *H.* zu schließen, und dem Umstande, daß der Schuhmacher *Hr.* die ihm selbst unbekanntem schlechten Vermögensverhältnisse des *H.* als günstige darstellte und Angeklagte selbst den letzteren dem *G.* gegenüber als einen zahlungsfähigen Mann bezeichnet

hat, Bedeutung nicht beizumessen. Über die Kenntnis oder Überzeugung der Angeklagten von der gegenwärtigen Notlage des H. hinaus kam es auf eine Kenntnis der Angeklagten von der Beschaffenheit der Vermögensverhältnisse desselben nur insofern an, als sie zu prüfen hatte, ob sie auf das Darlehnsgeschäft eingehen solle oder nicht, und zu welchem Betrage sie nach Lage der Sache, insbesondere mit Rücksicht auf die mit der Darlehnung gegebene Gefahr des Verlustes sich Vermögensvorteile ausbedingen dürfe, ohne dem Vorwurf einer Ausbeutung der Notlage des H. und einer Bestrafung aus dem §. 302a St.G.B.'s sich auszusetzen. In dieser Beziehung hat nun aber der erste Richter thatfächlich angenommen, daß die von der Angeklagten für die Gewährung und zweimalige Stundung des Darlehns von *M* 300 auf die Zeit vom 20. Juli 1880 bis 15. September 1880 erhobenen *M* 69 Zinsen den üblichen Zinsfuß dergestalt überschreiten, daß die erlangten Vermögensvorteile, auch bei Berücksichtigung der Umstände des konkreten Falles, in einem äußerst großen, auffälligen Mißverhältnisse zu der Leistung, beziehentlich zu dem Vorteile, welchen H. aus dem Darlehn erlangt haben kann, stehen.